



Demonstration zum Internationalen Frauentag in Hamburg 1980

*Bis in die sechziger Jahre galt in der Bundesrepublik die Hausfrau als ideale Ehepartnerin. Die DDR förderte die Berufstätigkeit der Frauen dagegen schon früh, die ungleichen Rollenmuster aber verschwanden auch dort nicht.*

# „Er sitzt und kommandiert“

Von UTE FREVERT

**I**m Grundgesetz von 1949 heißt es lapidar: „Männer und Frauen sind gleichberechtigt.“ Der Satz klingt heute selbstverständlich; damals war er heiß umkämpft. Dass er Eingang in die Verfassung fand, war der SPD zu verdanken – und dem öffentlichen Druck von Frauen aus allen Parteien und Organisationen.

Noch im Dezember 1948 hatte der Hauptausschuss des Parlamentarischen

Rats mit elf zu neun Stimmen gegen den Antrag der SPD gestimmt. Zwar war niemand gegen Gleichberechtigung, die bereits 1919 in der Weimarer Reichsverfassung verankert worden war. Nur zu weit gehen sollte sie nicht. Deshalb plädierte die Mehrheit dafür, die Einschränkungen von Weimar beizubehalten. In der damaligen Verfassung hatte es geheißen: „Männer und Frauen haben grundsätzlich dieselben staatsbür-

gerlichen Rechte und Pflichten“ – ein Tribut an den jahrzehntelangen Kampf um das Frauenwahlrecht.

Mehr Rechte wollten Konservative den Frauen auch 1948 nicht einräumen. Eine Gleichberechtigung „auf allen Gebieten“, wie sie die SPD-Politikerin Elisabeth Selbert forderte, stieß auf Widerstand.

Warum? Nach 60 Jahren fällt es heute schwer, die scharfen Auseinandersetzungen

Arbeiterin im  
VEB Motorrad-  
werk in Zschopau,  
Sachsen, 1961



zungen von damals nachzuvollziehen. Gleichberechtigung ist heute so normal, dass wir die Konflikte von 1948 kaum noch begreifen können. Aber es lohnt, sie noch einmal ins Gedächtnis zu rufen.

Schon dass die „staatsbürgerliche“ Gleichberechtigung von Frauen und Männern 1948 nicht mehr zur Debatte stand, war gar nicht so selbstverständlich. Dreißig, vierzig Jahre zuvor hatte es darum noch erbitterte Wortgefechte gegeben. Konservative und Liberale wähten den Staat in Gefahr, wenn Frauen darin mitbestimmen dürften. Und als die Nationalsozialisten 1933 begannen, Frauen aus sämtlichen politischen Ämtern zu entfernen, war ihnen der Beifall der rechten Mitte gewiss. „Dem Manne der Staat, der Frau die Familie“ – dieser Schlachtruf des 19. Jahrhunderts wirkte auch im 20. Jahrhundert nach.

#### UTE FREVERT

Die Professorin für Neuere Geschichte, Jahrgang 1954, ist Wissenschaftliches Mitglied der Max-Planck-Gesellschaft und Direktorin des Max-Planck-Instituts für Bildungsforschung in Berlin.

Andererseits hatte Weimar gezeigt, dass männliche Ängste vor weiblicher Mitregierung weit übertrieben waren. Dass die erste deutsche Republik zugrunde ging, lag nicht an den Frauen. Sie wählten häufiger als Männer gemäßigte Parteien und gaben ihre Stimme mehrheitlich männlichen Kandidaten. Sie störten oder veränderten das politische Geschäft nicht. Deshalb hatten selbst Konservative 1948 nichts mehr dagegen, die Formulierung aus der Weimarer Verfassung ins Grundgesetz zu übernehmen.

Aber was hatte Elisabeth Selbert im Sinn, als sie sagte, „dass man heute weitergehen muss als in Weimar“? Es ging im Wesentlichen um zweierlei: um Familie und um Arbeit.

„Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“, das war seit den zwanziger Jahren eine ebenso dringende wie unerfüllte

Forderung von Gewerkschafterinnen. Nach wie vor enthielten Tarifverträge spezielle Frauenlohngruppen und Frauenabschlagsklauseln. Begründet wurde das wechselweise mit geringeren Qualifikationen, mit niedrigerer Leistungsfähigkeit oder bescheideneren Bedürfnissen. Selbst dort, wo Frauen tatsächlich die gleiche Arbeit leisteten wie Männer, wurden sie anders eingestuft und bekamen weniger Geld.

Solche mehr oder weniger subtilen Formen der Lohndiskriminierung konnten zwar nur mit Einverständnis der Tarifparteien beseitigt werden, aber dieser Konsens war selbst bei den Gewerkschaften schwer zu beschaffen. Da bot ein in der Verfassung verankertes allgemeines Gleichberechtigungsgebot immerhin eine rechtliche Handhabe, sich gegen ungleiche Entlohnung zu wehren.

Deshalb setzten sich gerade Frauen, die gewerkschaftlich organisiert waren, dafür ein. Sie überschütteten den Parlamentarischen Rat mit Petitionen und Briefen, wandten sich an die Presse –

und hatten schließlich Erfolg. Im Januar 1949 stimmte der Hauptausschuss dem Satz „Männer und Frauen sind gleichberechtigt“ ohne Gegenstimme zu.

Zur Debatte standen aber auch Fragen der Familie. Hier waren die Widerstände ausgeprägter – und, wie die Jahre nach 1949 zeigten, äußerst zählebig. Gleichberechtigung hieß, das Familienrecht gründlich umzukrempeln, denn gerade hierin waren gravierende Ungleichheiten verpackt.

So unterstellte das Bürgerliche Gesetzbuch das Vermögen der Frau „der Verwaltung und Nutznießung“ des Ehemanns; der Mann konnte seiner Frau verbieten, einer Erwerbsarbeit nachzugehen, er entschied auch in strittigen Erziehungsfragen sowie „in allen das gemeinschaftliche eheliche Leben betreffenden Angelegenheiten“.

**Solche Privilegien** waren mit dem Prinzip gleicher Rechte nicht vereinbar, und sie passten auch nicht mehr in die Zeit. Im Krieg hatten Frauen alle wichtigen Entscheidungen selber treffen und das Überleben der Familie sichern müssen. Selbst wenn sie diese „Ermächtigung“ nicht herbeigewünscht hatten, gewöhnten sie sich doch rasch daran – und reagierten allergisch, wenn ihre Männer nach Kriegsende alte Vorrechte wieder einklagten.

Enttäuscht schrieb eine Leserin 1948 an die Frauenzeitschrift „Constanze“: „Nach fast fünf Jahren ist mein Mann aus der Gefangenschaft zurückgekommen. Die ersten drei, vier Wochen waren wir sehr glücklich. Aber nun gibt es einen Streit nach dem anderen. Grund: Er kommandiert herum und ist mit allem unzufrieden. Ich hätte mich so verändert, sagt er, und ich wäre gar keine richtige Frau mehr. Als wir heirateten, war ich 23. Jetzt bin ich 31. Von den acht Jahren war ich sechs Jahre allein und musste zusehen, wie ich durchkam. Jetzt müsste er mir doch eigentlich eine Hilfe sein. Aber er verlangt, dass ich den ganzen Haushalt (wir haben zwei niedliche Kinder) besorgen soll, und er sitzt in der Ecke, liest Zeitung, schimpft und kommandiert.“

Auch Walther von Hollander, in den fünfziger Jahren der Eheberater der



DDR-Frauen 1971 in Zinnwald im Erzgebirge

Nation, bestätigte 1953, dass die Frauen „selbständiger“ geworden und „für die alte Form der Patriarchen-Ehe“ nicht mehr zu haben seien. Dummerweise wollten das viele Männer nicht wahrhaben, weshalb Hollander eine „Krise der Ehe“ diagnostizierte und auf steigende Scheidungsziffern verwies. Zwar waren die Zahlen aus heutiger Sicht lächerlich niedrig (auf 100 Eheschließungen kamen Anfang der sechziger Jahre 10 Scheidungen, heute sind es etwa 50), aber der Trend war unübersehbar.

## Auf 100 Eheschließungen kamen nur 10 Scheidungen.

Aus der Rückschau mag es deshalb verwundern, dass noch in den fünfziger Jahren ein wahrer Kulturkampf um die anstehende Reform des Familienrechts ausbrach. Von „Gleichmacherei“ war die Rede und vom Angriff auf die „natürliche Ordnung“. Nur gegen große Widerstände konnte das Leitbild der partnerschaftlichen Ehe rechtlich verankert werden – ohne allerdings die Norm der „Hausfrauenehe“ zu gefährden. Erst die Rechtsreformen der späten sechziger und der siebziger Jahre verabschiedeten sich von dem traditionellen Frauenbild.

Wie zäh um solche Veränderungen gekämpft werden musste, wie langsam und mühevoll sich der Grundsatz glei-

cher Rechte in der Bundesrepublik durchsetzte, zeigt sich besonders krass im Blick auf die DDR. Hier wurde über die Gleichberechtigung der Geschlechter nicht lange debattiert. Sozialistische Parteien hatten seit dem späten 19. Jahrhundert gleiche Rechte für Mann und Frau gefordert. Da war es für den „ersten sozialistischen Staat auf deutschem Boden“ selbstverständlich, ihnen Verfassungsrang einzuräumen.

Bereits 1949 wurden „alle Gesetze und Bestimmungen, die der Gleichberechtigung der Frau entgegenstehen“, aufgehoben. Die revidierte Verfassung von 1968 machte die „Förderung der Frau, besonders in der beruflichen Qualifizierung“, zu einer „gesellschaftlichen und staatlichen Aufgabe“.

Dahinter verbarg sich nicht nur das klassische sozialistische Dogma, wonach Frauen nur dann wirklich emanzipiert seien, wenn sie Erwerbsarbeit leisteten. Darin spiegelte sich zudem die wirtschaftliche Notlage der DDR, ihr dramatischer Mangel an Arbeitskräften.

Um die ehrgeizigen Produktionsziele zu erreichen und die bis zum Mauerbau 1961 anhaltenden Verluste durch „Republikflucht“ auszugleichen, war die DDR existentiell darauf angewiesen,

Frauen in die Betriebe zu holen. Schon 1950 wurde gesetzlich festgelegt, dass „unabhängig von Geschlecht und Alter für gleiche Arbeit gleicher Lohn zu zahlen“ sei. Als das Reservoir junger und kinderloser Frauen ausgeschöpft war, bemühte die DDR sich, auch Müttern die Erwerbsarbeit schmackhaft zu machen – mit einem bezahlten „Haushaltstag“ pro Monat und mehr Krippen und Kindergärten.

Die weibliche Erwerbsquote stieg denn auch rasch an: von 52 Prozent im Jahr 1950 auf 81 Prozent 1970. Als die DDR 1989 zusammenbrach, waren 90 von 100 Frauen zwischen 15 und 65 Jahren erwerbstätig – in der Bundesrepublik nur 56.

Trotz hoher Erwerbsquote und rasch umgesetzter Gleichberechtigung war die DDR beileibe kein Frauenparadies, auch wenn hier manches einfacher war: Das Recht auf Abtreibung und sexuelle Selbstbestimmung beispielsweise erlangten DDR-Bürgerinnen eher als ihre bundesrepublikanischen Schwestern. Und die Modernisierung des Schul- und Hochschulwesens, im Osten viel zielstrebig in Angriff genommen als im Westen, sicherte Mädchen gleiche Bildungschancen, die sie beherzt ergriffen. Schon bald sprach man von einer „Feminisierung“ der Lehrer- und Arztberufe. Aber Frauen gingen auch in bislang klassische Männerberufe, wurden Ingenieure oder Kranführer.

Andererseits blieb die Politik so männerlastig wie eh und je, und im Privatleben machte die Gleichberechtigung ebenfalls wenig Fortschritte. Die „natürliche Arbeitsteilung“, die Konservative im Westen so beharrlich verteidigten, gab es auch in DDR-Familien. Dass Männer bei der Haushalts- und Erziehungsarbeit mitmachten, kam hier wie dort nur selten vor.

Im Unterschied zu den klassischen Hausfrauen der Bundesrepublik aber konnten es sich die erwerbstätigen DDR-Frauen finanziell eher leisten, ihrer Unzufriedenheit Ausdruck zu verleihen und die Scheidung einzureichen. Auch deswegen lag die Scheidungshäufigkeit in der DDR konstant höher.

**In der Bundesrepublik** galt die Frauenpolitik der DDR vielen als Beispiel einer „Zwangsemanzipation“. Frauen mussten, hieß es hier, wählen können, ob und wann sie erwerbstätig sein oder sich ganz der Familie widmen wollten. Bis heute allerdings wird eine solche Wahlfreiheit nur für Frauen reklamiert – Männern ist es nach wie vor selbstverständlich, sich ganz auf ihren Brotberuf zu konzentrieren. Als 1986 in der Bundesrepublik erstmals ein Erziehungsgeld für Eltern eingeführt wurde und das Familienministerium junge Väter ausdrücklich ermutigte, ein paar Monate zu Hause zu bleiben, war die Resonanz verschwindend gering. Rund 98 Prozent der Anträge kamen von Frauen.



Oben-ohne-Party 1970 in München

Gerade wenn es um die Versorgung kleiner Kinder geht, ist die „natürliche Arbeitsteilung“ weiterhin intakt. Allerdings entscheiden sich immer mehr Frauen dafür, entweder ganz auf Kinder zu verzichten oder nur ein Kind zur Welt zu bringen. Ein Grund ist die Erfahrung, dass es Frauen schwer haben, Familie und Beruf zu „vereinbaren“.

Krippen- und Kindergartenplätze stehen vielerorts nicht ausreichend zur Verfügung und bieten in der Regel keine ganztägige Betreuung. Hier wirkt bis heute die konservativ-kirchliche Tradition der bundesrepublikanischen Familienpolitik nach, die Kinder am besten bei Müttern aufgehoben sah. Zwar wandelt sich diese Meinung unter dem Eindruck prekärer Familienverhältnisse und gravierender Schulprobleme – nicht nur im Migrantenmilieu! – inzwischen, dennoch sind die alten Strukturen offenbar nur schwer aufzubrechen.

Was sich ebenfalls nur langsam und unwillig ändert, ist die Benachteiligung von Frauen am Arbeitsplatz. Obwohl immer mehr Frauen erwerbstätig sind, bleiben ihre Aufstiegschancen begrenzt. Die besten – und bestbezahlten – Positionen sind nach wie vor in Männerhand, in den Chefetagen der Banken und Unternehmen ebenso wie in der Wissenschaft und öffentlichen Verwaltung.

Dabei sind Frauen bildungsmäßig in vielen Bereichen bereits an Männern vorbeigezogen. Sie legen häufiger als Männer das Abitur ab und haben meist die besseren Noten. Noch vor 50 Jah-

ren sah das ganz anders aus. Damals waren Mädchen in Gymnasien krass in der Minderzahl, und an den Universitäten stellten sie weniger als ein Viertel aller Studierenden.

Den Umschwung brachten hier vor allem die siebziger Jahre. Die Zeichen standen auf Reform, im Recht ebenso wie im Bildungswesen und in der Familie. Daran hatte die westdeutsche Frauenbewegung keinen geringen Anteil.

Der neue Feminismus, der besonders junge, gutausgebildete Frauen anzog, verschreckte zwar mit seinen provokanten Aktionen und frechen Sprüchen so manchen Macho. Aber er zeugte von einem neuen Selbstbewusstsein vieler Frauen, die keine Scheu mehr hatten, auch das sogenannte Private öffentlich und damit politisch zu machen: Gewalt (auch in der Ehe), Sexualität, Pornografie, Abtreibung.

**Eigene Zeitschriften** entstanden, wie Alice Schwarzers „Emma“, die 2007 ihren 30. Geburtstag feierte. Auch andere Medien widmeten sich dem Thema. Selbst wenn die aktive Basis der Frauenbewegung eher schmal war, ihre Forderungen und Parolen vermochten ein großes Publikum zu interessieren und zu mobilisieren.

Schließlich war selbst die Politik gezwungen, sich mit den Anliegen der Frauen zu beschäftigen. Fast alle Parteien führten, oft gegen erbitterten Widerstand, Frauenquoten ein – allen voran die Grünen, die für viele Feministinnen der ersten und zweiten Stunde zur politischen Heimat wurden.

Die erste Bundeskanzlerin aber, 2005 gewählt, kommt aus der CDU – und aus dem Osten. Darin spiegelt sich zum einen die Selbstverständlichkeit, mit der gerade Frauen, die in der DDR aufgewachsen sind, Gleichberechtigung leben. Zum anderen zeigt es den langen Weg, den die Bundesrepublik zurückgelegt hat. Debatten wie 1948/49 im Parlamentarischen Rat wären heute undenkbar. Zugleich lässt sich nicht übersehen, dass Frauen auf diesem Weg weiter und schneller gegangen sind als Männer. Und dass sie noch einen langen Weg vor sich haben.